

Bundesweiter Aktionstag am 17. September fand große Resonanz Aktionen und Kundgebungen in vielen Städten

In mindestens 28 Städten wurden auf den Aufruf des bundesweiten Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“ Aktionen unterschiedlicher Art durchgeführt: Kundgebungen, Demonstrationen, Belagerungen von Banken, Konzernen und Ämtern, Filmvorführungen, Straßentheater, Aktionen vor Betrieben, Infostände usw. Der Aktionstag hat gezeigt, dass viele Menschen nicht bereit sind, die Abwälzung der Krisenfolgen auf Erwerbslose, Beschäftigte, SchülerInnen und Studierende, MigrantInnen und RentnerInnen hinzunehmen.

In einigen Städten wurden mittlerweile breite örtliche Krisenbündnisse aufgebaut, die den Aktionstag vorbereitet und durchgeführt haben. Wichtig ist, dass möglichst zahlreiche weitere örtliche Bündnisse gegründet werden, damit sich eine starke und breite Protestbewegung gegen die Abwälzung der Krisenlast auf unserem Rücken entwickeln kann.

Nach den Bundestagswahlen wird jetzt sehr schnell deutlich werden, welche Angriffe auf uns zukommen. Die Finanzmisere in den öffentlichen Haushalten ist heute schon überdeutlich spürbar. Dies wird Auswirkungen auf die Ausstattung der sozialen und öffentlichen Infrastruktur haben und unsere Sozialsysteme werden massiv angegriffen werden, ebenso wie unsere tariflichen Errungenschaften. Wichtig ist deshalb, dass wir uns beraten und konkrete Verabredungen über weitere Perspektiven und Aktionen treffen.

Wir laden euch deshalb herzlich zur 11. Konferenz der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken ein, sowie zur bundesweiten Aktionskonferenz des Krisenbündnisses.



Aktion in Stuttgart am 17. September 2009
Foto von Thomas Trueten - arbeiterfotografie Köln

Gewerkschaftspolitik in der Krise Kämpfen statt verzichten

Wir wollen auf unserer **Jahreskonferenz** Ende Oktober die Debatte führen um

- das Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken vor dem Hintergrund der Krise
- die Politik der Gewerkschaftsführungen in der Krise und die Aufgaben der Gewerkschaftslinken
- die Initiierung einer gesellschaftlichen Bewegung für Arbeitszeitverkürzung.

Zusammen mit Vertretern betrieblicher Kämpfe wollen wir Erfahrungen von aktuellen Auseinandersetzungen auswerten.

Termin: Freitag, 30. Oktober 2009 um 18.00 Uhr
Samstag, 31. Oktober 2009 von 10.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Stuttgart, AWO – Begegnungsstätte am Ostendplatz, Schönbühlstraße 65

Weitere Infos ab Oktober im Labournet unter: www.labournet.de/GewLinke

Auszüge aus der Einladung Bundesweite Aktionskonferenz und Ratschlag

13. bis 15. November 2009 in Stuttgart
Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Straße 20

Wir laden alle interessierten Gruppen und Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften sowie Organisationen und alle interessierten Einzelpersonen zur bundesweiten Konferenz in Stuttgart ein. Wir wünschen uns, dass die Konferenz das gesamte Spektrum der Protestbewegung gegen die Krisenfolgen zum Ausdruck bringt. Wir wünschen uns, dass wir dort konkrete Verabredungen über die weitere Perspektive und Aktivitäten/Aktionen treffen können. Und wir hoffen, dass im Herbst eine Dynamik in Gang kommt, in der an vielen Orten der Republik, vernetzt, lebendig, bunt und widerständig deutlich wird: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Der Termin ist so gewählt, dass die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen der neuen Regierung vorliegen und wir klarer sehen, welche Maßnahmen geplant sind.

....

Mit solidarischen Grüßen

Bundeskoordination „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Weitere Infos unter:
www.kapitalismuskrise.org

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306 / **E-Mail:** HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 29. September 2009

Kein Lohn unter 10 € ! 500 Euro Eckregelsatz



Anfang August trat das Bündnis für 500 Euro Eckregelsatz mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem die Anhebung des Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro und ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro brutto, lohnsteuerfrei, gefordert wird.

Auf der Website www.500-euro-eckregelsatz.de kann man die Plattform als Organisation/Initiative und als Einzelperson unterzeichnen.

Die Plattform kann als Flugblatt verteilt und kostenlos über info@klartext-info.de bezogen werden. Zur Unterstützung der Kampagne ist eine Broschüre erschienen: "Hartz IV: 'Fördern' durch Mangelernährung". Sie liefert eine ausführliche Begründung für beide Forderungen. Die Broschüre ist auf der Website einzusehen. Sie kostet einen Euro plus Porto und kann über info@klartext-info.de bestellt werden

Gesetzlicher Mindestlohn:

Mindestens 10 Euro brutto die Stunde, lohnsteuerfrei!

Das Hartz-IV-Niveau zeigt, wie ärmlich das Lohnniveau von Millionen LohnarbeiterInnen in Deutschland ist. Wenn Alleinstehende 7,50 Euro/Std. brutto verdienen, haben sie im Durchschnitt noch Anspruch auf Hartz IV. Aber schon bei 7,50 Euro gesetzlichem Mindestlohn droht das Kapital, Hunderttausende arbeitslos zu machen. Erst mit zehn Euro brutto liegt man deutlich über dem Hartz-IV-Niveau. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto die Stunde.

Der gesetzliche Mindestlohn muss als Existenzminimum lohnsteuerfrei sein!

Zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn erscheint hoch, ist aber äußerst bescheiden. Für Familien reicht es nicht. Ein Ehepaar mit zwei Kindern (5 und 9 Jahre) und einem Alleinverdiener hat im Juli 2009 im Bundesdurchschnitt bis zu einem Nettoeinkommen von 1.924 Euro Anspruch auf ergänzendes Hartz IV (1.112 Euro Regelsätze, idyllische 502 Euro Warmmiete - Stand 12/2007 - und 310 Euro Freibetrag für Erwerbstätige).

Nur mit steuerfinanziertem Kindergeld und einem Nettolohn ab 1.600 Euro bzw. 12,30 Euro/Std. kommt man aus Hartz IV heraus, ... wenn die Warmmiete 502 Euro ist. In der jetzigen Krise setzt das Kapital verstärkt auf Lohnsenkungen. Hartz IV steht dem im Weg. Denn hier wird der Kinderbedarf, d.h. der Bedarf des Nachwuchses der Arbeitskräfte, wenigstens grundsätzlich anerkannt. Regelsatzsenkungen stehen also auf der Agenda der Arbeitgeber. Erwerbstätige werden gegen Erwerbslose aufgehetzt, weil das Armutsniveau von Hartz IV noch über dem Hungerlohniveau von Millionen liegt. Wer für Kürzungen bei Hartz IV eintritt, kämpft nicht gegen Faulenzer, sondern für die Senkung von Löhnen und für die eigene Verarmung, wenn man nach einem Jahr Erwerbslosigkeit Hartz IV beantragen muss. Wer für einen Eckregelsatz von 500 Euro kämpft, kämpft auch für Lohnerhöhungen!

3,94 Euro pro Tag für Essen und Trinken!

So „viel“ steht ab 1. Juli 2009 alleinstehenden Hartz-IV-BezieherInnen für Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke pro Tag zu. Dieser Betrag entspricht zu 100 Prozent dem, was die unteren 20% der Ein-Personen-Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für Ernährung ausgeben. Ihre Ausgaben sollen laut Regierung dem Bedarf entsprechen.

Die EVS ist die Grundlage für die Festsetzung der Regelsätze. Mehr als 3,94 Euro pro Tag sind auf dieser Basis nicht möglich. Ein Durchschnittserwachsener im Alter von 18 bis 64 Jahren braucht rund 2.550 kcal, wenn er sich ausreichend ernähren und bewegen will. Erhebungen des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund ergaben, fortgeschrieben auf April 2009, dass ein Mensch 2,50 Euro pro 1.000 kcal braucht, um sich gesund zu ernähren.

3,94 Euro reichen nur für 1.580 kcal pro Tag. Für 2.550 kcal braucht man demnach 6,38 Euro pro Tag. Pro Monat fehlen rund 73 Euro. Dass Hartz IV die Ernährungsausgaben von armen Leuten mit „Bedarf“ gleichsetzt, ist unhaltbar.

359 Euro bedeuten Mangelernährung

0,49 Euro pro Tag für öffentliche Verkehrsmittel und 0,28 Euro pro Tag für Besuche von Cafés oder Gaststätten

gesteht Hartz IV zu! Das schließt von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben aus. Hartz-IV-BezieherInnen sollen zu Hause bleiben. Sie müssen schon für ein Monatsticket im öffentlichen Nahverkehr 30 bis 40 Euro drauflegen, und selbst in den wenigen Städten/Kreisen mit 'Sozialtickets' liegen die Preise teilweise erheblich über dem vom Regelsatz zugestandenen Bedarfsposten. Bei „Verzehr außer Haus“ werden nur die reinen Kosten für verzehrte Lebensmittel und Getränke anerkannt, die man zu Hause hätte. Zu Hause jemanden bewirten, ist ebenfalls nicht vorgesehen.

359 Euro bedeuten Isolation

Die z.B. von ver.di geforderten 435 € sind zu wenig, weil damit zwar die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft deutlich stärker berücksichtigt, die Mangelernährung aber akzeptiert wird.

Andererseits: Wenn man aber die Ausgaben unterer Verbrauchergruppen als Grundlage der „Bedarfsberechnung“ akzeptiert (wir tun es nicht), warum werden sie dann auf 359 € oder 435 € heruntergerechnet, obwohl sie ohne Warmmiete rund 500 € betragen? Warum sollen Hartz-IV-BezieherInnen schlechter leben als untere Verbrauchergruppen?

Die Bundesregierung gibt indirekt zu, dass man mindestens 500 Euro braucht, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Denn sie federt bei ehemaligen Alg-I-BezieherInnen den Absturz in Hartz IV für ein Jahr mit einem Zuschlag von maximal 160 Euro monatlich ab.

Hartz IV – Bedrohung für Millionen Beschäftigte

Den vielen, die in der jetzigen Krise arbeitslos werden, droht sehr rasch Hartz IV und damit Mangelernährung und gesellschaftliche Isolation. Das lehnen wir ab.

Deshalb: 500 Euro als Eckregelsatz!



Bündnis für ein Sanktionsmoratorium

Da der Hartz IV-Sanktionsparagraf vielfach als Vorwand für Kürzungen des Regelsatzes genutzt wird, hat sich ein breites Bündnis aus Politiker/innen, Wissenschaftler/innen und Erwerbsloseninitiativen gebildet, das die schnellstmögliche Aussetzung dieses Paragraphen (§ 31 SGB II) verlangt. Unter www.sanktionsmoratorium.de kann man eine ausführliche Begründung nachlesen und vor allem: den Aufruf unterzeichnen

Kampagne für eine radikale Arbeitszeitverkürzung : Das Gebot der Stunde

Hunderttausende Arbeitsplätze stehen mittlerweile auf der Kippe, sei es bei Arcandor, Post, Conti, Opel etc. Um das gesellschaftliche Klima vor der Bundestagswahl nicht zusätzlich zu verschärfen, halten sich viele Unternehmen bei Entlassungen noch zurück und lassen inzwischen über 1 Million ihrer Beschäftigten in Deutschland kurzarbeiten. Die Rechnung wird wohl letztendlich erst nach den Wahlen mit der ganzen Härte präsentiert. Selbst ein eingefleischter Neoliberaler, wie der Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg rechnet für das Jahr 2010 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von offiziell 3,36 Millionen auf dann 4,6 Millionen Erwerbslose.

Und wie sieht die gewerkschaftliche Antwort angesichts dieser absehbaren Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit aus?

Noch propagiert beispielsweise die IG Metall Kurzarbeit als Alternative zu Entlassungen, obwohl auch diese Form von verkürzter Arbeitszeit oft mit erheblichen Einbußen für die betroffenen KollegInnen verbunden ist und macht in ihren Publikationen deutlich, dass es auf ihren Druck hin gelungen ist Änderungen der Kurzarbeitsregelungen zu erreichen (z. B. bei der möglichen Dauer der Kurzarbeit von 12 auf 24 Monate). Umso überraschender war es, dass die IG Metall in Baden Württemberg Anfang Juli 2009 eine neue Debatte über Arbeitszeitverkürzung in allen Formen (Wochen- und Lebensarbeitszeit) forderte und dabei an den Arbeitskampf zur Durchsetzung der 35 Stundenwoche vor genau 25 Jahren erinnerte. Der Arbeitskampf begann im Mai 1984 im damaligen Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden und dauerte fast 7 Wochen.

Sicher ist das Kräfteverhältnis, um die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung, wie der 30 Stundenwoche, aufzugreifen und den Kampf dafür aufzunehmen nicht gerade günstig, doch es gibt dazu keine Alternative. Eine Bewegung von unten ist notwendig, die diesen Kampf als ein Anliegen aller

Gewerkschaften durchsetzt (siehe links unten den Beschluss der Delegiertenversammlung der IG Metall-Verwaltungsstelle Frankfurt vom 18.06.09).

Die Arbeitszeitverkürzung muss gerade in der Krise ein zentraler Punkt in der Verteidigung der Interessen der Beschäftigten sein. Notwendig ist eine radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit, um die bedrohten Arbeitsplätze zu sichern und die Unternehmen zu Neueinstellungen zu zwingen. Nur dadurch kann die Erwerbslosenzahl in nennenswertem Umfang und auch der Druck auf die Beschäftigten verringert werden. Die Arbeitszeitverkürzung muss in großen Schritten erfolgen, damit sie entsprechende Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation hat. Sie darf nicht mit Einbußen verbunden sein. Angesichts des in den letzten Jahren erfolgten Rückgangs der Reallohne verbietet sich das von selbst. Neben dem Entgeltausgleich wollen wir erreichen, dass Entlassungen vermieden und Arbeitslose eingestellt werden. Um weitere Arbeitsverdichtungen zu verhindern, brauchen wir eine Kontrolle der Belegschaft über die Arbeitsdichte.

Auch ein Mindestlohn von mind. 10 Euro lohnsteuerfrei, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, muss in diesem Zusammenhang durchgesetzt werden.

Ein breites gewerkschaftsübergreifendes Bündnis ist notwendig, das sich um die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen bemüht, die für diese Forderungen ansprechbar sind. Dem erfolgreichen Kampf für die 35-Stundenwoche im Jahr 1984 war eine breite Diskussion in den Belegschaften und in großen Teilen der Gesellschaft vorausgegangen.

Wir möchten hiermit eine breite Debatte zu einer gesellschaftlichen Bewegung für Arbeitszeitverkürzungen anstoßen und möchten hierzu das Netzwerkinfo anbieten. Auch auf unserem Jahreskongress am 30./31. Oktober werden wir die Diskussion darüber führen.

Klaus Kerner (Gewerkschaftl.Zukunftsforum Karlsruhe)

Delegiertenversammlung der IGM

Verwaltungsstelle Frankfurt am 18.Juni.2009

Betr.: Entschließung für eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung zur Weiterleitung an die regionale Tarifkommission und an den Vorstand der IG Metall (Abteilung Tarifpolitik)

Die Delegiertenversammlung der IGM Frankfurt möge beschließen:

Die Delegiertenversammlung fordert den Vorstand der IGM auf, kurzfristig eine Debatte und ein öffentliche Kampagne zum Thema Arbeitszeitverkürzung zu organisieren. Arbeitszeitverkürzungen sind das Gebot der Stunde. Im Mittelpunkt soll dabei die tarifliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf deutlich unter 35 Stunden stehen, bei vollem Lohnausgleich. Weitere wichtige Punkte einer solchen Kampagne müssen Verkürzungen der Lebensarbeitszeit sein, d.h.: weg mit dem Renteneintritt mit 67, gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit, tarifliche Einschränkung der Mehrarbeit. Darüber hinaus brauchen wir kurzfristig eine vorübergehende deutliche Absenkung des Renteneintrittsalters, z.B. nach 45 Versicherungsjahren (ohne Abschläge), um eine sofortige Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/azv/azv_igmf.pdf

Junge Welt, 8. September 2009

IGM-Aktionstag

Einige forderten Generalstreik

Inhaltlich war der Aktionstag der IG Metall am Sonnabend in der Frankfurter Fußballarena reichlich lau. Doch neben den von der Gewerkschaftsspitze plakatierten Sprüchen »Macht Politik für die Mehrheit der Menschen« und »Gemeinsam für ein gutes Leben« gab es unter den 45000 Teilnehmern auch einige, die radikalere Parolen bevorzugten. So zum Beispiel die »Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken« (IVG), die während der Rede des IG-Metall-Vorsitzenden Berthold Huber in großen Lettern die Vorbereitung eines Generalstreiks forderte. ...

www.jungewelt.de => Suche: IGM Aktionstag Generalstreik



Der Kampf der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Eine erste Bilanz von Bernd Riexinger und Cuno Hägele

Auszüge aus dem Artikel vom 14. August 2009 in der Jungen Welt:

Kontroverse Bewertung

Die Hauptbegründungen für die Zustimmung: Die Arbeitgeber seien seltsam unbeeindruckt von der Streikstärke von ver.di. Das Verhandlungsergebnis würde demnach das aktuelle Kräfteverhältnis widerspiegeln. Wenn wir mehr erreichen wollten, müssten wir im Herbst auch zahlenmäßig deutlich zulegen. Bis dato war der Streik auf jeder Ebene gut geführt und auch gut rückgekoppelt. Mit der Einführung der Streikdelegiertenkonferenzen wurde ein demokratisches Forum geschaffen, das eine direkte Rückkoppelung zu den Streikleitungen vor Ort ermöglichte. Aber die Zustimmung zu dem Verhandlungsergebnis erfolgte unter dem Eindruck eines wenige Stunden zuvor zu Ende gegangenen Verhandlungsmarathons. Die Entscheidungen wurden in wenigen Stunden getroffen, ohne vorherige Rückkopplung zu den Streikenden oder einem nennenswerten Teil von ihnen. Eine wirklich differenzierte Einschätzung des Kräfteverhältnisses und der Streikmöglichkeiten für September konnte nicht vorgenommen werden.

Die Organisation hatte sich im Prinzip darauf eingestellt, daß Baden-Württemberg und Bayern (deren Sommerferien erst Ende Juli begonnen hatten) in reduzierter Form im Juli streikten, dann die Bundesländer, die aus den Sommerferien zurückkommen, ebenfalls gebremst die Streiks im August wieder aufnehmen und dann ab Mitte September mit geballter Kraft unbefristet, aber mindestens bis zur Bundestagswahl gestreikt wird. Diese Strategie war

durchaus realistisch. Es war nie die Rede davon, daß mehr Beschäftigte mobilisiert werden können. Das ist nach 16 Wochen Konflikt kaum möglich. Der zusätzliche Druck sollte durch die Länge (unbefristeter Streik) aufgebaut werden. Aus Sicht des Stuttgarter Bezirkes war das völlig realistisch. Die Eltern hatten unter der Drohung des unbefristeten Streiks im September ihren Druck auf die Rathäuser deutlich erhöht. Zumindest in Baden-Württemberg waren diese außerordentlich beeindruckt, und die Nervosität der Rathausverantwortlichen wurde spürbar größer. Auch in den Landkreisen war nichts davon zu merken, daß die Streikbereitschaft nachlassen würde. Politisch hätte im Vorfeld der Bundestagswahl das Thema Kinderbetreuung und Bildung offensiv in die Öffentlichkeit gebracht werden können.

Ob die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Streiks in den meisten Bezirken vorhanden gewesen wären, das hätte ohne Zeitdruck gründlich mit den Akteuren diskutiert werden müssen. Bei einer Erklärungsfrist bis 21. August gab es keinen wirklichen Zeitdruck. So bleibt zumindest bei uns der Eindruck zurück, daß wir unter unseren Möglichkeiten abgeschlossen haben. Sollte die Zustimmung bei der Rückurabstimmung unter 50 Prozent liegen, gerät ver.di in einen Legitimationskonflikt, über dessen Auflösung in einer möglichst breiten und offenen Diskussion entschieden werden sollte.

“Der Klassenkampf geht von der INNSE aus”

“Der Klassenkampf geht von der INNSE aus” – das Spruchband mit dieser Aufschrift im Fußballstadion von Livorno fasst in wenigen Worten zusammen, was sich seit einigen Wochen in Italien abspielt. Vorläufig zeigt sich die Arbeiterrebellion nicht in einem Kampf Klasse gegen Klasse, mit gewaltigen Straßendemonstrationen und unbefristetem Generalstreik. Aber es gibt etwas, das den Mächtigen einen viel größeren Schrecken einjagt als irgendein, von den Gewerkschaftszentralen ausgerufenen, mehrstündiger oder sogar eintägiger Generalstreik. Was die Regierung zur Weißglut treibt und die Parteien von rechts bis links in einen Erklärungsnotstand bringt, das ist die Selbständigkeit der Arbeiterkämpfe.

Sie haben niemanden um Erlaubnis gefragt. Weder die entlassenen Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft, die auf eines der Wahrzeichen von Neapel, das Schloss Maschio Agioini, geklettert sind und schlicht und einfach gefordert haben: „Wir wollen unsere Arbeit wieder!“, noch die Arbeiter des FIAT-Zulieferers Lasmè in Melfi, der Antriebe für Autoscheiben herstellt. Sie haben den Betrieb besetzt, und sieben von ihnen ist es gelungen, die Sperre der Ordnungskräfte zu durchbrechen und das Dach zu erobern. Das sind nur zwei Beispiele der verschiedenen Kämpfe, die sich seit dem Sieg der INNSE-ArbeiterInnen in Italien ereignen.

Zu diesen Protesten gehört auch der Kampf der Aushilfslehrerinnen von Benevento. Am 29. August um 11 Uhr sind sieben Frauen - alles prekär Beschäftigte mit zehn Jahren

Berufserfahrung – aufs Dach des Schulinspektorats von Benevento gestiegen, um eine unbefristete Besetzung zu beginnen. *„Wir werden es wie die Arbeiter der INNSE machen. Von hier oben gehen wir erst wieder weg, wenn wir eine verbindliche Antwort bezüglich Entlassungen und Arbeitslosigkeit haben“*, erklärt Elvira, eine der Lehrerinnen auf dem Dach. Die Frauen haben einen Sonnenschutz aufgestellt und genügend Nahrungsmittel für mehrere Wochen mitgebracht. Dutzende weiterer Lehrkräfte, unterstützt von AktivistInnen des autonomen Zentrums Depistaggio sowie von Basisgewerkschaften, belagern das Gebäude von außen, auch um die Polizei von allfälligen Einsätzen abzuhalten.

Kurzum, in Benevento ist alles vorbereitet für einen langen Widerstand wie bei INNSE. Doch diesmal berichtet die Tagesschau nicht darüber. Es hat keine Fernsehkameras, und das aus einem einfachen Grund: Genau ein Tag zuvor hat Giuliano Cazzola, Vizepräsident der Parlamentskommission für Arbeit und Verantwortlicher für Arbeit der Berlusconi Partei Pdl, klagemacht, dass *„die ins Spektakel abtrifende Berichterstattung über die Arbeiterkämpfe unverzüglich aufhören“* müsse, und ist zum Schluss gekommen: *„Leider gibt es nur eine Methode, damit diese nicht kontrollierbare Spirale beendet wird: die Fernsehkameras ausschalten.“*

Rainer Thomann, Aktivist im Netzwerk für eine kämpferische Bewegung der ArbeiterInnen in der Schweiz